

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg., mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 90 Pfg., bei Selbstabholung 80 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.40 M., für 1 Monat 80 Pfg. (Kostengeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.)

Redaktion:  
Leipzig, Laubacher Straße 19/21.  
Telegramm-Adresse Volkszeitung Leipzig  
Kernsprecher 18008

Anzeigen kosten die Tagesblätter 20 Pfg. oder deren Raum 25 Pfg., bei Plagiaten 30 Pfg. Sonntags nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beliegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— M. jedes Tausend bei Zellaufgabe 6.— M. — Schluß der Annahme von Anzeigen für die 1818te Nummer früh 9 Uhr

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage Verlag in Leipzig, Laubacher Straße 19/21 Kernsprecher 4596 • Anzeigen-Abteilung Kernsprecher 2721.

## Undauernde französische Angriffe.

**Fortschreitende deutsche Angriffe im Osten. — Zurückgehen der Oesterreicher in der Bukowina. — Ein völkerrechtswidriges Kriegsgerichtsurteil der Franzosen. — Kitchener über die militärische Lage. — Ein russisches Dementi der Friedensgerüchte. — Eine türkische Niederlage? — Ernste Lage in Durazzo. — Englische Vorkehrungen gegen eine deutsche Landung. — Ein Konflikt zwischen China und Japan.**

### Der deutsche Tagesbericht.

(Für einen Teil unserer Auflage wiederholt.)

Großes Hauptquartier, 7. Januar, vormittags. Amtlich. (W. L. B.) Engländer und Franzosen setzten die Zerstörung der belgischen und französischen Ortschaften hinter unserer Front durch Beschießung fort.

Nördlich Arras finden zurzeit noch erschütterte Kämpfe um den Besitz der von uns gestern erkämpften Schützengräben statt.

Im westlichen Teil des Argonner Waldes drangen unsere Truppen weiter vor.

Der am 5. Januar im Ostteil des Argonner Waldes (Bois Countel Chaussee) erfolgte Angriff gelangte bis in unsere Schützengräben, der Gegner wurde aber auf der ganzen Linie unter schweren Verlusten wieder aus unserer Stellung geworfen. Unsere Verluste sind verhältnismäßig gering.

Westlich Sennheim versuchten die Franzosen gestern abend, sich wieder in Besitz der Höhe 425 zu setzen; ihre Angriffe brachen in unserm Feuer zusammen, die Höhe blieb in unsern Händen.

In Osten keine Veränderung. Die Fortführung der Operationen litt unter der denkbar ungünstigsten Witterung. Trotzdem schritten unsere Angriffe langsam fort.

### Oberste Heeresleitung.

Die Angriffe an der Westfront werden von den Franzosen immer noch heftig fortgesetzt. Sie haben also die Hoffnung auf den Durchbruch nicht aufgegeben. An einzelnen Stellen haben sie ja auch einigen Raum gewonnen, doch bis zu einer merklichen Erschütterung der deutschen Stellung fehlt noch viel. Die Verluste der Franzosen sind dabei sehr groß.

Langsam schreiten die Vorstöße der deutschen Truppen im Osten fort. Die russischen Nachrichten müssen das zugeben, wenn sie die Tatsache auch möglichst zu verkleinern suchen. So heißt es in dem amtlichen Bericht des russischen Hauptquartiers vom 7. Januar: „Ein äußerst heftiger Artilleriekampf findet augenblicklich auf der ganzen Front linksseitig der Weichsel statt. Die Offensive der Deutschen bei Bzura hält an. In dieser Gegend haben deutsche Truppen den Fluß bei Koslow und Biskupi überschritten, doch handelt es sich nur um einige Regimenter. Die Deutschen richteten verschiedene Bajonettangriffe gegen unsere Stellungen nordöstlich von Borgimof mit wechselndem Erfolge.“

Die Kämpfe nordöstlich von Rawa dauern Tag und Nacht fort. Es ist uns gelungen, einen Teil der verlorenen Schützengräben wieder zu erobern. Südlich der Pilika wird um das Gehöft Gajchet heftig gekämpft. Die deutsche Offensive erstreckte sich westlich von Lodz gegen Inof, südöstlich gegen Malogostka und Wolmine.“

Die französische Militärjustiz hat wieder ein Urteil gefällt, das nur als Produkt des auspeitschenden Chauvinismus verständlich ist, der sich bedenkenlos über das Recht hinwegsetzt. Eine deutsche Offiziers-Kavalleriepatrouille wurde im September gegen Fontainebleau,

80 Kilometer vor der Front, vorgeschickt. Als sie nach Vollziehung dieses Auftrages zurück wollte, sah sie sich hinter der französischen Armee. In ständigen Zusammenstößen mit dem Feinde verlor sie ihre gesamten Pferde. Drei Wochen lang marschierte sie zu Fuß, um die deutschen Truppen zu erreichen, sah sich jedoch schließlich gezwungen, sich zu ergeben. Nunmehr wurde sie vor ein Kriegsgericht gestellt und wegen Verletzung feindlicher Hindernisse und wegen Plünderung (!), deren man sie ohne weiteres anklagte, zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt.

Die Nachricht stammt aus Briefen der Beurteilten, sie ist also verbürgt, so unglaublich sie auch klingt. Daß es ein Wahnsinn ist, feindliche Truppen zu beschleichen, weil sie kriegerische Handlungen ausführten und Lebensmittel nahmen, die sie zum Unterhalt nötig hatten, das ist die selbstverständlichste Selbstverständlichkeit. Die deutsche Regierung hat sofort nachdrückliche Schritte durch Vermittlung einer neutralen Macht getan, um die Vollstreckung des ungeheuerlichen Urteils zu verhindern. Es betrifft die Leutnants von Schierstädt und Graf Strachwitz sowie die Unteroffiziere Ferdinand Mauer, Paul Böttcher, Pelz und Martin Jenties von den Garde du Corps und den Gardedivisionen.

Ueber den Stand der Dinge und der Köpfe in Frankreich gäbe auch die Meldung des Wolffschen Bureaus sehr zu denken, wonach General Joffre dienstlich bekanntgegeben haben soll, er habe Beweise, daß die Deutschen alle Gefangenen erschießen lassen. Das soll aus einem bei einem französischen Gefangenen gefundenen Briefe und unverdächtigen Aussagen gefangener Offiziere hervorgehen. Klingt aber trotzdem wenig glaubhaft.

In England ist das Parlament wieder zusammengetreten. Im Oberhaus hielt der Kriegsminister Kitchener eine Rede, worin er folgendes Bild der militärischen Lage entwarf:

In Mesopotamien seien die indischen Truppen von Bassora nach Norden vorgezogen und hätten die Türken bei Kuma am Tigris geschlagen. Der angekündigte türkische Vormarsch auf Bagdad sei nicht eingetreten. Nur kleinere feindliche Truppenabteilungen seien östlich des Kanals von Bagdad gestiegen worden. — Die Deutschen hätten starke Truppenverbände von dem westlichen Kriegsschauplatz nach dem Osten entsandt. Aber sie seien im Westen noch immer hart genug, mit ihrer wirkungsvollen, wenn auch verminderten Artillerie ihre beabsichtigten Stellungen zu halten, die das Vorwärtsschieben des verbündeten Heeres hindere. — In England gehe die Ausrüstung befriedigend weiter. Auf die jüngste auch von Lord Curzon und einem Führer der Arbeiterpartei unterzeichneten Aufforderung hätten sich 218 000 gemeldet. Weder an Offizieren noch an Kriegsmaterial sei ein Mangel zu befürchten. Bei Kriegsausbruch seien 20 000 Offiziere neu ernannt worden. Die Ersatzreserven seien wieder vollständig und es sei auch eine Reserve von Instrukteuren vorhanden. Alle Schwierigkeiten der Ausrüstung seien überwunden.

Das Bild ist hell gehalten. Ob es stimmt, ist eine andere Frage. Kitchener hat die wunden Punkte der englischen Rüstungen berührt, den Mangel an Offizieren und Ausbildungspersonal. Er erklärt sie für überwunden. Das wäre erstaunlich schnell gegangen!

Obwohl bekannte Blätter von Bemühungen deutscher Politiker gesprochen haben, einen Separatfrieden mit Rußland zu schließen, hat dieses auffällige

Gerücht kein deutsches Dementi erfahren. Der russische Botschafter in Rom, Herr Krupenski, hat dagegen in aller Eile durch die Agenzia Stefani ähnliche Meldungen kategorisch dementiert, die von einer deutschfreundlichen Partei am Petersburger Hofe zu berichten wußten. Er erklärt:

Da einige italienische Zeitungen Gerüchte veröffentlicht haben, wonach „Italien“ sich in „Blut“ eines „Vertragschlusses“ unterworfen habe, so dementiert der russische Botschafter derartige Gerüchte namens seiner Regierung in kategorischer Weise. Italien denke nicht daran, die Friedensfrage zu diskutieren, bis nicht seine Gegner gezwungen sein werden, die Bedingungen anzunehmen, welche die Verbündeten als einzige Garantie eines dauernden Friedens betrachten werden.

Wir bedauern, daß Deutschland dem russischen Botschafter im Dementieren den Vortritt gelassen hat.

Ueber England und Holland wird die Nachricht einer großen türkischen Niederlage im Kaukasus verbreitet. Bei Ardagan, dessen Besetzung durch die Türken am 1. Januar gemeldet wurde, soll ein ganzes türkisches Korps, das neunte, gefangengenommen worden sein. Eine Bestätigung liegt noch nicht vor, sie bleibt abzuwarten.

Es scheint, daß das albanische Unternehmen Italiens größeren Umfang gewinnen soll. Nachrichten aus Durazzo malen die Lage dort sehr schwarz, Essad Pascha soll sich der „Rebellen“ nicht mehr erwehren können und fast schon in Lebensgefahr schweben. Derartige Nachrichten pflegen die Vorbote großmächtigen Eingreifens zum „Schutze der Ordnung“ zu sein.

Im fernen Ostasien spitzt sich der Gegensatz zwischen China und Japan zu. Ueber papierne Proteste wird China in dessen in seinem jetzigen Zustand nicht hinauskommen können.

### Indirekte Steuern verjagen.

Frankreich muß jetzt schwer büßen, daß seine Rentier die Einführung einer modernen Einkommensteuer verhindert haben. Der französische Finanzminister Ribot hat in seinem Exposé konstatiert, daß das Erträgnis der indirekten Steuern um 35,2 Prozent zurückgegangen ist, während die direkten Steuern im Vergleich zum Vorjahr keine Verminderung zeigten. Der Ausfall an Alkoholsteuer beträgt 17 Prozent, an Zuckersteuer 55 Prozent, an Tabaksteuer 16 Prozent und an Zöllen 56 Prozent. Auch die staatlichen Unternehmen und die Gebühren schneiden schlecht ab. Das Mindereinträgnis der Stempelsteuer beläuft sich auf 60 Prozent, das der Telegraphen-, Telephon- und Postverwaltung auf 23 Prozent.

Frankreich hat ein recht veraltetes Finanzsystem. Indirekte Steuern spielen eine Hauptrolle. Daneben komplizierte, durch hohe Erhebungskosten in der Ergebnisliste geminderte und kaum eine gerechte Verteilung der Lasten erzielende Ertragsteuern. Eine einfache und elastiische Steuer auf das Einkommen fehlt. Sie wurde zwar vor Kriegsausbruch beschlossen, ihre Anwendung aber auf bester Klugheit auf die jarten Nerven der Kapitalisten auf das Jahr 1916 verschoben.

Auch die öffentlichen Staatsanstalten (Post, Telephon, Telegraph) weisen einen Ausfall im Ertrage auf, der zwar hinter dem Mindereinträgnis der indirekten Steuern weit zurücksteht, aber trotzdem empfindlich ist. Doch läßt sich daraus kaum ein Argument gegen staatliche Betriebe wegen geschwächerter Ergebnisliste in